

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Herr Nipken erklärt, dass bei einer Rekommunalisierung jeweils ein Fahrzeug für Altpapier, Sperrmüll, Grünabfall und Restmüll vorgehalten werden müsste. Dies würde bereits erhebliche Kosten verursachen. Für eine genauere Betrachtung und Berechnung müssten entsprechende externe Fachleute beauftragt werden; auch hieraus würden wieder Kosten entstehen. Weiter merkt er an, dass sich nach einer Recherche eine solche Rekommunalisierung erst bei Städten ab ca. 75.000 Einwohnern lohnen bzw. Ersparnisse bringen würden. Zum Vorschlag des Austritts aus dem BAV führt er an, dass nach Landesabfallgesetz die Stadt lediglich dazu verpflichtet ist, den Müll zu sammeln und zu befördern. Die Entsorgungspflicht tragen die Kreise. Der Kreis ist Mitglied des BAV. Daher ist ein Austritt der Stadt Radevormwald nicht möglich.

Herr Ullmann weist darauf hin, dass laut Antrag eine rechnerische Gegenüberstellung gewünscht ist. Er kann nicht verstehen, warum diese nicht von der Verwaltung vorgelegt werden kann.

Herr Schröder kann dies ebenfalls nicht nachvollziehen.

Herr Schäfer führt weiter an, dass ein Austritt aus dem BAV bisher noch von keinem Mitglied angestrebt worden ist; die Entsorgung in Eigenregie ist zu teuer.

Herr Ullmann macht deutlich, dass der Antrag nicht darauf abzielt mehr Geld auszugeben, sondern zu prüfen, ob hier ein Einsparungspotential vorliegt.

Es folgt nun die Abstimmung.